

Protokoll

der Konferenzsitzung des Landtages vom 21. Mai 1941
Beginn nachmittags 2 Uhr. Anwesend alle Abgeordneten
und Reg. Rat Hasler Jh. Georg, Eschen sowie Dr. Dr. Hoop
und Dr. Vogt.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und
nach Anbringung einer Berichtigung genehmigt.

Sele: beschwert sich, dass sein Fall mit Polizist Sele
noch nicht behandelt worden sei. Es scheine ihm, dass die Sache
absichtlich nicht gefördert worden sei.

Brunhart Heinr.: Warum ist Polizist Beck am anderen Tage wie-
der in Dienst gestellt worden. Der Vizeregierungschef hat
nichts davon gewusst?

Reg. Chef: Dieser Fall hat sich folgendermassen zugetragen.
Ich bin vom Unterland angeläutet ~~worden~~ und es ist mir ge-
sagt worden, dass Polizist Beck sich in einer Wirtschaftsaus-
sert habe in einem Sinn und in einer Art, die mit meiner Ueber-
redung und Aufklärung im Gegensatz gestanden habe, Das hat
mir Veranlassung gegeben, ohne mit irgend einem Mitgliede der
Regierung Fühlung zu nehmen, dem Mann eine Verwarnung zu geben
und ich habe ihn ~~von~~ von mir aus sofort suspendiert. Ich bin
dann zu Dr. Vogt gegangen und habe ihm dies kurz gesagt. Es
war von mir gedacht als eine scharfe Verwarnung, nicht aber
als eine Disziplinierung. Bei einer Disziplinierung hätte Beck
auch Gelegenheit haben müssen, sich zur Sache äussern zu kön-
nen. Ich bin auch absolut berechtigt gewesen, diese Suspendierung
durchzuführen. Im Regierungskollegium ist es nicht behandelt
worden, ich habe dies ressortmässig gemacht und ich habe ebenso
gut anderen Tags das Recht gehabt, den Beck wieder einzustellen
und ich habe dies sogar für opportun und zweckmässig gehalten.
Denn in dieser Zeit haben wir die Polizisten gebraucht und wir
haben es sich nicht leisten können, einen Polizisten ausser
Dienst zu stellen. Dieser Denkwort der vorübergehenden Dienst-
entlassung hat auch seine Wirkung nicht verfehlt. Er hat er-

klärt, dass er sich bessern werde und solche Vorfälle sich nicht mehr wiederholen werden. Sodann habe ich die Dienststellung für klug gefunden, weil in Schaan eine Aufregung gewesen ist, denn damals war die Stimmung ausserordentlich gereizt. Beck wurde in Schaan angeschaut als einer, der hinsichtlich seiner liechtensteinischen Gesinnung nicht zweifelhaft ist, so dass er in diesem Sinn geschafft hat. Die Stimmung in der Oeffentlichkeit hat er hinter sich gehabt und es wäre nicht verstanden worden und es hätte die Gegensätze nur verschärft, wenn man ihn ungebührlich ~~MINNEN~~ gemassregelt ~~HATTE~~ hätte, da er sich nach allgemeiner Auffassung für eine gute Sache eingesetzt habe. Die Polizei überhaupt hat eine etwas andere Auffassung gehabt als wir bei der Regierung. Wir haben selber das Bedürfnis empfunden, mit der Polizei über diese Sache zu reden. Wir haben dann der Polizei eine Lektion gegeben, wie sich ein Polizist verhalten muss und wie er sich heute einzustellen hat. Es hat jeder der Polizisten eine Belehrung notwendig gehabt, denn nicht nur Beck war in einer Auffassung, die von unserer abgewichen ist, sondern auch alle übrigen Polizisten. Daher wäre eine besondere Massregelung eine besondere Härte gewesen. Ich habe überhaupt nie, wenn ich Gelegenheit gehabt hätte, in das Resort anderer Regierungsmitglieder, dreinzureden. Ich habe das aber nicht getan. Ich glaube auch, Beck wird sich in Zukunft hüten, so etwas wieder zu machen.

Dr. Schädler: Es ist von der öffentlichen Meinung gesprochen worden und Beck habe darum geschützt werden müssen. Man muss sich fragen, wer die öffentliche Meinung ist. Entscheidend ist, ob er korrekt gehandelt hat oder nicht. Wenn man eine Massregelung vereinbart, sollte diese Vereinbarung länger als 24 Stunden halten.

Risch: Beck hat einen Fehler gemacht und er wurde auch streng verwahrt ~~UND~~ und ich glaube, der Fall könnte als erledigt betrachtet werden.

Dr. Vogt: Nachdem es sich um eine persönliche Sache des Regierungschef handelthabe ich keine Veranlassung auf den Fall einzugehen. Geärgert hat mich seine ^{sofortige/} Wiedereinstellung. Ich würde den Punkt wegsetzen von der Tagesordnung. Bei der geringsten Widersetzlichkeit dieses Herrn Polizisten, die er mir gegenüber begeht, wird

entweder dieser Herr gehen oder ich.

Präsident: Ich würde zur Tagesordnung übergehen und die Abklärung der Fälle und insbesondere des Fall Sele auf die nächste Sitzung verschieben.

Dr. Schädler: Ich habe persönlich das Empfinden, dass mit einer kurzen Absprache die Sache nicht aus der Welt geschafft ist.

Sele: Ich bin der Auffassung, dass wenn Polizist Sele schuldig gesprochen wird, so würde er in keinem anderen Staate mehr weiter amtieren.

Präsident: Der Antrag, ob er abgesetzt werden soll oder nicht, sollte nicht von einem Abgeordneten erfolgen. Der Landtag darf sich nicht als Richter aufspielen und die Sache soll zuerst bei der Regierung abgeklärt und dann dem Landtage vom Ergebnis Bericht erstattet werden.

Reg. Chef: Der Fall eignet sich durchaus nicht für eine Behandlung im Landtage. Ich wollte den Fall vor 2 Tagen beilegen, habe dann aber die Leute nicht alle erreicht. Der Fall soll aber noch diese Woche behandelt werden und vielleicht lässt sich eine Beilegung des Konfliktes erreichen.

Sele: Ich fühle mich keiner Schuld bewusst und auch die anderen Abgeordneten haben ein Interesse an der Sache. Ich möchte nur, dass die Sache möglichst bald abgeklärt wird. Für heute stelle ich keinen formellen Antrag auf Behandlung.

T a g e s o r d n u n g:

Punkt 1. Bewilligung des Expropriationsrechtes der Gemeinde Mauren.

Präsident klärt auf, dass die Gemeinde Mauren zur Führung der Esche das Expropriationsrecht benötige und das Ansuchen sei berechtigt.

Der Landtag bewilligt in der Abstimmung der Gemeinde Mauren mehrheitlich das Expropriationsrecht.

2. Abklärung bezgl. mehrmaliger Sanierung.

Der Landtag stimmt einstimmig dafür, dass ein Sanierungsbedürftiger nur einmal mit einem Höchst betrage von Frs. 3000.- saniert werden kann.

3. Triesenberger Konsortenwälder.

Damit diese Angelegenheit endlich einer Erledigung zugeführt

werden kann, beschliesst der Landtag einstimmig, das Landgericht soll beauftragt werden, die Sache raschestens abzuklären und ein bezügliches Gesetz auszuarbeiten.

4. Subventionsgesuch der Gemeinde Triesen für Kultivierungen im Sand.

Präsident klärt auf, dass die Gemeinde Triesen im Sand eine Kulturarbeit durchgeführt habe und zu diesem Zwecke den Sevelerdamm und den Damm am Kanal abgetragen habe, wodurch der Gemeinde ein Kostenaufwand von Frs. 40,000 erwachsen sei. Die Regierung kann von sich aus dem Gesuche nicht entsprechen, da ein Kredit hierfür notwendig ist. Ich würde eine Subventionierung befürworten.

Dr. Vogt: Ich würde es auch für ungerecht empfinden, wenn man der Gemeinde Triesen keine Subvention geben würde. Es wurde ein grosses Gebiet kultiviert und für die Ernährung der Gemeinde Triesen Grosses geleistet. Ich würde eine Normalsubventionierung befürworten.

Reg. Chef: Ich möchte 30% wie bei Drainagen vorschlagen.

Der Landtag bewilligt an diese zusätzliche Arbeit der Abtragung der beiden Dämme eine Subvention von 30%. Der Beschluss erfolgt einstimmig.

5. Unfallangelegenheitentschädigung der Witwe Hasler, BERN.

Präsident klärt auf, dass Frau Witwe Hasler aufgrund einer gerichtlichen Auseinandersetzung Frs. 700 bekommen habe für den verunfallten Sohn. Sie sage nun, dass das nichts sei, was sie bekommen habe, das Land sollte noch etwas nachzahlen. Er habe ihr erklärt, dass vom rechtlichen Standpunkte aus das Land nicht verpflichtet sei und auch nicht in Betracht komme. Was geschehen könne von Seite des Landes sei lediglich eine Leistung aus Billigkeitsgründen.

Bühler beantragt Frs. 800.- von Seite des Landes zu geben und zwar aus moralischen Gründen.

Kindle ist gegen eine Leistung, da das Land schon einmal etwas daran bezahlt habe.

Hasler befürwortet ein Entgegenkommen, da die Leute durch den Steinbruch schwer geschädigt worden sei in der Bewirtschaftung.

Präsident hat Bedenken, mehr zu geben, als gerichtlich ihr zugesprochen worden sei bzw. sie aussergerichtlich abgemacht habe.

Eberle glaubt, dass noch mehr solche Fälle kommen, wenn man ihr entgegenkomme.

Bühler korrigiert seinen Antrag auf Frs. 700.-.

Risch beantragt, Frs. 500.- zu geben.

Der Präsident lässt abstimmen über die 2 Anträge.

Für eine Leistung von Frs. 700.- stimmen 4 Abgeordnete und für Frs. 500.- 8 Abgeordnete, womit der 2. Antrag angenommen ist.

6. Uebernahme des schweiz. Versicherungsvetragsgesetzes.

Präsident beantragt, der Uebernahme grundsätzlich zuzustimmen, andererseits aber die ganze Materie und das Einführungsgesetz noch einmal im Wege der Regierung mit den Versicherungen abzuklären und zu bereinigen. Dann sei die Sache für den Landtag leichter und auch verantwortlicher.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Bühler beantragt eine gesetzliche Verpflichtung für die Lebensversicherungen in Liechtenstein auf Anlage eines Kapitals in Liechtenstein.

Reg. Chef bemerkt, dass man seinerzeit schon ein solches Gesetz ausgearbeitet habe und die Versicherungsgesellschaften hätten dann geantwortet, dass sie sich vom liecht. Geschäfte zurückziehen, wenn dieses Gesetz geschaffen werde. Wir haben aber vor, noch einmal mit den Versicherungsgesellschaften zu reden. Ich wiederhole, was in der letzten Regierungssitzung hiezu gegangen ist. Dr. Vogt hat in Bern die Sache zur Sprache gebracht und die Antwort bekommen, dass sie vom Bund aus keinen bestimmten Einfluss auf diese Organisation nehmen könnten. Dr. Feldscher habe aber dann Dr. Vogt gegenüber erklärt, dass Liechtenstein sich zurecht lege, ob es nicht Ansprüche heben könnte auf gewisse Subventionen, die der Bund an schweizerische Kantone ausschütete. Ich habe mir die Sache angeschaut und ich glaube, dass man mit Aussicht auf Erfolg ein bezgl. Ansuchen stellen soll.

Der Landtag nimmt mit Befriedigung von dieser Mitteilung Kenntnis und würde es begrüßen, wenn eine solche Einnahme erreicht werden könnte.

7. Teuerungszulage für die Landesangestellten.

Präsident: Ich möchte bitten, dass die Zustände, wie sie im letzten Krieg gewesen sind, nicht mehr vorkommen sollten. Eine vernünftige Fürsorge für die Landesangestellten soll getroffen werden, dazu sei man verpflichtet. Dass etwas gegeben werden soll, darüber glaube ich ist man sich klar.

Dr. Schädler: Wie ist der Bedeckungsvorschlag?

Reg. Chef: Dieser schwebt in der Luft. Ich habe vorher ausgeführt, dass evtl. aus schweizerischen Subventionen etwas zu holen ist. Wenn das nicht möglich ist, müsste die Anleihe energischer betrieben werden. Wenn man der Meinung ist, diese Aufbesserung vorzunehmen, wird man die Mittel beschaffen müssen. Ich bin nicht ~~verzweifelt~~ verzweifelt, wir werden auch ~~hierfür~~ hierfür das Geld aufbringen, wenn es notwendig erscheint. Bemerkenswert muss noch werden, dass die Gehälter der schweizerischen Beamten weit höher sind als bei uns.

Kindle: Ich glaube, wenn die Kinderzulage zur Sprache kommt, kommt sie nur für das gesamte Volk zur Sprache. Die Arbeiter haben auch keine Kinderzulage.

Dr. Vogt: Die Kinderzulage ist ein altes Problem. Es wird seit 100 Jahren diskutiert und es ist nirgends voll gelöst worden. Der Familienlohn lässt sich nur durchführen in einem grösseren Wirtschaftsraum. Bei uns ist dies unmöglich. Ein Bauer kommt hier nicht in Frage, wohl aber ein Arbeiter. In einem grossen Raum lässt sich das eher machen als bei uns. Über die Teuerung braucht man wohl kein Wort zu verlieren, da der Lebensindex wohl 30% gestiegen ist. Ich würde es sozial für ungebührlich finden, wenn den Arbeitern 20% aufgebessert worden ist und dieser Klasse eine 12%ige Aufbesserung verweigert würde. Ich würde es begrüßen, wenn das Augenmerk mehr der Kinderzulage zugewendet würde.

Kindle: Nach diesen Ausführungen ist eine allgemeine Kinderzulage unmöglich. Ich kann es nicht verstehen, dass die Angestellten eine Teuerungs- und Kinderzulage erhalten sollen. Wenn man

allen nicht machen kann, dann sollen es die auch nicht haben. Die sind bis jetzt schon besser bezahlt gewesen.

Dr. Vogt: Ich glaube, man redet an einander vorbei. Die Teuerungszulage mit der Kinderzulage machen zusammen etwa 12% der Gehälter aus. Den Arbeitern hat man 20% Teuerungszulage gegeben. Ueberdies steht der nicht qualifizierte Arbeiter bei uns viel besser als in den umliegenden Staaten. Das führt auf die Dauer bei uns zu Schwierigkeiten. Wir können uns nicht herausheben aus dem grossen Wirtschaftsgebiet der Umgebung. Ich finde es müssig, über die grundsätzliche Frage der Berechtigung der Teuerungszulage zu reden. Die Frage ist nur die, wie man sie regelt.

Präsident: Die 12% sind so zu verstehen, dass der kleine Beamte mehr bekommt als der höhere Beamte mit grösserem Gehalt. Eine Zulage ist gerührt werdend der heutigen Zeit. Das System der Kinderzulage ist ein sozialer Ausgleich in der heutigen Zeit.

Dr. Schädler: Ich glaube, dass es überflüssig ist, über die Verteilung des Balges zu sprechen, bevor der Balg da ist. Die Teuerungszulage ist verständlich, dass sie angefordert wird und ich wäre dafür, dass der Landtag die Zustimmung gibt vorausgesetzt aber, dass die Bedeckung der Teuerungszulage vorher klar und einwandfrei vorgelegt wird. Auf eine solche Bedeckung hin könnte ich die Zustimmung geben. Solange aber nicht ein exakter Bedeckungsvorschlag da ist, kann ich die Zustimmung nicht geben.

Risch: Die Berechtigung für eine Teuerungszulage ist da für die unteren Klassen. Ich wäre auch für eine Kinderzulage. Vielleicht könnte man das Alter der Kinder von 18 auf 16 Jahre reduzieren. Wenn die Bedeckung da wäre, wäre das recht.

Sele: Die Beamtenteuerungszulage wurde im Ausschuss beraten. Man hat der Sache Verständnis entgegengebracht. Man hat gesagt, Teuerungszulage und Kinderzulage sollten die Arbeiter auch haben. 70 oder 80% der Arbeiter verdienen nicht mehr als Frs. 1500 im Jahre. Es ist gesagt worden, alle Landesbürger sollten gleich behandelt werden, nicht dass die Beamten eine besondere Bevorzugung haben. Ein Berufsarbeiter wird nicht über Frs. 2500 Jahresverdienst hinauskommen. Ein Anfangslohn von Fr 3000 bei den Beamten

ist nicht eine Gleichschaltung der Bürger. Der Gehalt erhöht sich auch jährlich um Frs. 100 und die Beamten haben dort schon eine gewisse Teuerungszulage. Wenn es nicht möglich ist, den Niedrigen zu helfen, dann sollen die anderen auch Opfer bringen. Auch bei einem Brande löscht man dort zuerst, wie es am notwendigsten ist.

Dr. Vogt: Die Arbeiterschaft geht von falschen Voraussetzungen aus, wenn sie sagt, man gebe den Beamten Teuerungs- und Kinderzulage. Das ist falsch. Die Zulage ist prozentual niedriger als bei den Arbeitern. Ich glaube nicht, dass die Regierung derzeit in der Lage ist, einen Bedeckungsvorschlag zu machen. Es erscheint mir daher zweckmässig, wenn wir uns vorher über die Möglichkeit eines Bedeckungsvorschlages unterhalten. Ich möchte aber betonen, die Berechtigung einer Teuerungszulage ist da. Die Gehälter sind zweifellos zum Lohneinkommen des Arbeiters höher, aber im Verhältnis zu den Gehältern der Beamtenschaft der umliegenden Gebiete bedeutend niedriger. Der Einwand der Arbeiterschaft, dass die Beamten sowieso besser gestellt sind, kann ich gefühlsmässig begreifen. Die Gleichschaltung sämtlicher Bürger steckt vielfach in den Köpfen und dieses Schlagwort verfängt natürlich. Aber auf der ganzen Welt gibt es eben eine Gleichschaltung nicht einmal in Russland, wo soviel geredet worden ist hiervon. Die kleinen Verhältnisse unseres Landes führen eben dazu, dass die Neidereien gegen die Beamten grösser sind bei uns.

Präsident: Die Gleichschaltung ist nicht möglich und das bürgerlich Leben macht auch hier Unterschiede. Der eine im bürgerlichen Leben verdient eben mehr als der andere. Durchschnittlich dürfen wir sagen, dass die Beamten in Liechtenstein nicht verwöhnt worden sind. Was die Bedeckung betrifft, so dünkt es mich kurios. Bis jetzt hat man immer geschaut, die Auslagen zu decken. Die Regierung hat, ohne den Landtag zu begrüßen, in einem verständlichen Entgegenkommen den Arbeitern eine 20% ige Aufbesserung zugestanden. Diese Mehrausgabe hat das Budget genau so betroffen, wie diese Mehrausgabe, aber niemand hat einen Bedeckungsvorschlag gerufen.

Dr. Schädler: Die Arbeiter kann man eben heimschicken, wenn das

Geld nicht mehr reicht, die Beamten aber bleiben das ganze Jahr im Dienst.

Präsident: Ich glaube, eine gewisse Analogie besteht doch, dass man den Arbeitern eine Aufbesserung zugestanden hat und die Landesangestellten auch zurecht haben. Ich glaube, es wäre auch möglich, entgegenzukommen. Wir können Bedeckungsvorschläge aufstellen und auf das Papier werfen, wer weiss aber, ob es eingehalten wird. Ich sage nicht, dass man diese Mehrausgabe bei den öffentlichen Arbeiten einspart, absolut nicht. Ich möchte bitten, nicht so sehr das Gewicht auf Modalitäten zu legen. Bei dem Verwaltungsgang bei und unserem Budget schaut man, dass man die Mittel aufbringt und ich glaube, dass es gar nicht eine so schlimme Sache wäre. Schwere Bedenken sind ja vorläufig nicht ob.

Dr. Schädler: Es erscheint mir sonderbar, dass gegen den Bedeckungsvorschlag so bewegte Worte gesprochen werden. Wenn eine Bedeckung möglich ist, müsste man sich nicht dagegen sträuben. Wenn aber die Bedeckung nicht möglich ist, dann ist mein Festhalten umso notwendiger. Wenn die Mittel da sind, bin ich dafür, aber Voraussetzung ist die Bedeckung. Analog sind die Verhältnisse mit der Arbeiterschaft doch nicht. Die Arbeiter kann man jederzeit fortschicken.

Präsident: Der Arbeiter ist aber auch nicht der Geschädigte, wenn er fort muss. Er kann sich anderswo um Arbeit umsehen und solche heute auch überall finden.

Kindle: Es heisst, die ~~Arbeiter~~ ^{Beamten} hätten es nicht gut. Ich würde fragen, wieviele hinausgingen und schafften.

Bühler: Die Ansprüche der Beamtenschaft sind berechtigt. Wie man die Verteilung vornimmt, das ist eine Diskussionssache. Wenn Bedeckung im Sinne des Antrages Dr. Schädler's verlangt wird, wäre ich für eine Erhöhung der Alkoholsteuer. Da wird viel unnütz Geld verbraucht und es geht ins Ausland. Dann ist die Bedeckung geschaffen.

Dr. Vogt: Dagegen möchte ich einwenden, dass wir schon höher sind als anderswo. Wenn wir die Steuer noch einmal erhöhen, gehen die jungen Leute in die benachbarte Schweiz und wir haben nichts.

Bühler: Diese Auffassung hat seinerzeit schon bestanden, in der

Auswirkung aber wurden wir anders belehrt. Es wäre ja im Auslande nichts dabei zu verdienen.

Sele: Ich bin wegen der Gleichschaltung missverstanden worden. Das war nicht die Meinung der Leute im Arbeiterverband. Man sagte nur, dass Leute, die im ~~MMMMM~~ freien Existenzkampf sich schlecht bewährt haben, bekommen als Beamte gleich soviel Tausender Gehalt.

Kindle: Die Beamten sind bestimmt heute noch besser daran, als die Arbeiter

Präsident: Mehrheitlich ist zum Ausdruck gekommen, dass das Gesuch berechtigt sei. Ich möchte den Antrag stellen, dass man grundsätzlich auf die Vorlage eintritt. Wie man dann es macht, ist eine zweite Frage. Bis jetzt ist die Frage nicht abgeklärt, soll man einen sozialen Zuschlag geben oder einen Lohnzuschuss.

Reg. Chef: Schaut Dr. Schädler die Bedeckung durch Aufnahme einer Anleihe als Bedeckungsvorschlag an?

Dr. Schädler: Mei wäre die andere Sache mit Bern wegen der Subventionen sympathischer.

Reg. Chef: Im heurigen Budget haben wir die Bedeckung für ausserordentliche Arbeiten im Anleihewege ~~mit~~ in Aussicht genommen. In der Schweiz werden die Budgets auch alle über den Haufen geworfen, aber die Teuerungszulagen an das Beamtenpersonal ist wohl überall bewilligt worden. Wenn man es für notwendig findet, dürfen wir die Sache nicht an formellen Sachen scheitern lassen.

Dr. Schädler: Die Anleihe wäre auch eine Bedeckung, aber die Zusage muss da sein.

Sele: Bei der Beamtenschaft haben sie noch Löhne, wo man noch leben kann. Wir sind nicht dagegen, nur möchten wir auch die Kinderzulage.

Dr. Vogt: Wir stehen auch in Verhandlungen mit Bern wegen Einbezug der liecht. Arbeiter in die Entfernungszulage. Sie bekämen bedeutend ermässigte Bahnbillets und eine Schlechtwetterzulage. Das wird bestritten vom Bund und Kanton. Ferner würde eine Entfernungszulage gescha fen. Wir vernachlässigen die Arbeiterschaft bestimmt nicht, aber wir können die allgemeine Kinderzulage nicht einführen. Das würde Summen ergeben, die nicht tragbar wären.

Sele: Wenn die Kinderzulage für die Arbeiter etz. nicht langt, dann müssen die Beamten auch ein Opfer bringen.

Schädler Eug.: Vielleicht könnte man sich entschliessen, dass man die Prozente für die niedrigen Beamten etwas höher setzt.

Präsident: Wir sollten uns klar werden, ob wir im Sinne eine Sozialfürsorge eine Zulage geben odervim Sinne einer Leistungs- bzw. Teuerungszulage.

Oehri: Ich sage es aufrichtig, ich bin heute nicht zu haben, einer Teuerungszulage zuzustimmen. Sie stehen besser als die Bauern. Ich kann nicht auf ~~das~~ Ansuchen eintreten. Beim letzten Krieg fehlte ein allgemeines Verständnis für die Lage der Beamten.

Kindle: lehnt eine Gehaltszulage in jeder Form ab, weil derzeit die Gehälter noch angemessen erscheinen.

Risch empfiehlt besonders für die unteren Klassen der Beamten eine Gehaltserhöhung in irgend welcher Form, Geeignet erscheine ihm eine Zulage im Sinne der sozialen Hilfe.

Sele: Bei den Arbeitern war die Zulage eine Angleichung an die schweizerischen Verhältnisse und die Angestellten haben in der Schweiz noch nicht überall diese geordneten Verhältnisse. Einzelne Kantone zögern noch mit der Durchführung. Es ist also auch bei uns nicht so eilig.

Präsident klärt die schweizer Verhältnisse ab im Sinn, dass in den meisten Kantonen bereits eine Regelung getroffen wurde und in den anderen Kantonen die Angelegenheit in Beratung steht. Zudem sei zu erwähnen, dass die Gehaltsansätze bei uns durchschnittlich fast um $\frac{1}{3}$ niedriger seien als bei gleichem Anstellungsverhältnis in der Schweiz. Er wiederholt die 3 bisan erfolgten Anträge:

1. Antrag Dr. Schädler's: Eintreten auf die Vorlage aufgrund eines bestimmten Bedeckungsvorschlages von Seite der Regierung.

Für diesen Antrag stimmen 4 Stimmen.

Sele gibt hiezu eine Erklärung ab, dass er nämlich, soferne eine allgemeine Kinderzulage für die Arbeiter nicht in Betracht komme, er sich im Gegenstande der Stimme enthalte.

2. Antrag Oehri's und Kindle's auf Ablehnung des Gesuches. In der Abstimmung sind dafür 2 Stimmen.

3. Antrag auf Eintreten auf das Gesuch und zwar auch auf Grund einer

weniger bestimmten Bedeckungsvorlage. Abstimmung 7 Stimmen dafür.
Eberle erklärt, dass Kinderzulagen auch für die Arbeiter zu ge-
währen seien, im anderen Fall enthalte er sich auch der Stimme.

Abschliessen stellt Dr. Schädler den Antrag einer interpartei-
lichen Bereinigung der Polizeianglegenheit, um diesen Gegenstand
für die Zukunft abzuschliessen. Die Zusammenkunft erfolgt über
Vorladung der Regierung.

Schluss der Sitzung 6 Uhr.

=====

~~Minister~~
Dr. Eberle